

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/1012 –**

Finanzierung des politischen Islamismus in Deutschland offenlegen und unterbinden

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU hebt die Gefahr des politischen Islamismus, dessen Weltbild einen Gegenentwurf zu Demokratie, Pluralismus und individuellen Freiheitsrechten darstelle, hervor. Organisierten Vertretern sei es gelungen, in der Gesellschaft Fuß zu fassen, wobei sie größtenteils verdeckt agierten. Sie seien international vernetzt und werden auch durch ausländische Unterstützer gefördert.

Sie fordert die Bundesregierung daher insbesondere auf, die Arbeit des Expertenkreises „Politischer Islamismus“ im Bundesministerium des Innern und für Heimat fortzusetzen. Zudem sollen Formen der Einflussnahme durch Organisationen, die islamistischen Akteuren nahe stehen, unterbunden werden, um ein muslimisches Leben in Deutschland unabhängig von deren finanziellen und ideellen Einflüssen zu ermöglichen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1012 abzulehnen.

Berlin, den 12. Oktober 2022

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Dr. Lars Castellucci
Stellvertretender Vorsitzender

Uli Grötsch
Berichterstatter

Christoph de Vries
Berichterstatter

Lamy Kaddor
Berichterstatterin

Linda Teuteberg
Berichterstatterin

Dr. Bernd Baumann
Berichterstatter

Martina Renner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Uli Grötsch, Christoph de Vries, Lamy Kaddor, Linda Teuteberg, Dr. Bernd Baumann und Martina Renner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/1012** wurde in der 21. Sitzung des Deutschen Bundestags am 17. März 2022 an den Ausschuss für Inneres und Heimat zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 22. Sitzung am 12. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1012 empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 24. Sitzung am 28. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und Nichtteilnahme der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1012 empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 25. Sitzung am 28. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1012 empfohlen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 19. Sitzung am 28. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1012 empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 19. Sitzung am 28. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1012 empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 17. Sitzung am 28. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und Nichtteilnahme der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1012 empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 19. Sitzung am 28. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1012 empfohlen

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat in seiner 9. Sitzung am 11. Mai 2022 mit den Stimmen der Oppositionsfraktionen und gegen die Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossen, zum Antrag auf Drucksache 20/1012 eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Die öffentliche Anhörung, an der sich zehn Sachverständige beteiligt haben, hat der Ausschuss für Inneres und Heimat in seiner 14. Sitzung am 19. September 2022 durchgeführt. Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 14. Sitzung verwiesen (20/14).

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/1012 in seiner 17. Sitzung am 28. September 2022 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

Die **Fraktion der CDU/CSU** moniert, dass die öffentliche Anhörung am 19. September 2022 entgegen der Stimmen der Regierungsfaktionen stattgefunden habe. Die Relevanz der Thematik des politischen Islamismus bestätigten die meisten Sachverständigen in der Anhörung, die Anmeldung von mehr als 70 Zuschauern für diese öffentliche Anhörung sowie aktuelle Medienberichte. Der Antrag habe breite Zustimmung erfahren und zwar auch durch Experten, die von anderen Fraktionen benannt worden waren. So reagiere die zweite Forderung des Antrags auf die in der Anhörung vorgetragene Kritik, dass die Behörden im Hinblick auf Finanzaktivitäten im Bereich des nicht gewalttätigen Islamismus nur über unzureichende Befugnisse verfügen und es unter den vorhandenen Rahmenbedingungen nahezu unmöglich sei, Finanzierung aus dem Ausland aufzudecken. Da sich alle Sachverständigen über Forschungsdefizite einig gewesen seien, sei die Auflösung des Expertenkreises „Politischer Islamismus“ im BMI, einer der wenigen existierenden Institutionen auf diesem Gebiet, unverständlich. Dem begegne die erste Forderung des Antrags. Der Expertenkreis sei zwar für ein Jahr anberaumt worden, allerdings mit einer Option der Verlängerung. Dass andererseits der „Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit“ durch die neue Regierung verlängert worden sei, zeige, dass sich die Regierungskoalition dem Extremismusphänomen des politischen Islamismus nicht annehmen wolle. Außerdem hätten sich die Sachverständigen konkret für mehr Transparenz bei Moscheegemeinden, eine Dokumentationsstelle „Politischer Islam“, die Unabhängigkeit des muslimischen Gemeinwesens von der Finanzierung aus dem Ausland und den Stopp der Einflussnahme aus Ländern wie Iran oder Saudi Arabien ausgesprochen. Zudem sei sehr bedenklich, dass auf diesem Gebiet Forschende Repressionen und Anfeindungen ausgesetzt seien.

Die **Fraktion der SPD** erkennt an, dass die öffentliche Anhörung am vergangenen Montag für die Vergegenwärtigung der Thematik gut geeignet gewesen sei. Allerdings hätten in der Anhörung die Sachverständigen den Grundtenor des Antrages kritisiert, den Antrag für ungeeignet erachtet und nahezu zerlegt. Einigkeit bestehe darüber, dass die Finanzierung von Terror egal in welcher Ausprägung, in jeglicher Hinsicht, international genauso wie national, bekämpft werden müsse. Zur nationalen Bekämpfung gehöre selbstverständlich, Sicherheitsbehörden entsprechend zu ertüchtigen, damit sie dem dynamischen Prozess der Finanzierung entsprechend folgen können. Unter der Leitung des BMI durch die CDU/CSU sei allerdings 16 Jahre nichts dergleichen unternommen worden. Die Ampelkoalition habe sich gemäß eines Prüfauftrags im Koalitionsvertrag zur Aufgabe gemacht, die Wege der Finanzierung, als auch den gesetzgeberischen Handlungsbedarf zu prüfen. Hierbei sei die Finanzierung muslimischer Organisationen aus dem Inland notwendig, wenn Finanzströme aus dem Ausland unterbunden werden sollen. Die zentrale Rolle, die Prävention und Forschung in der Anhörung eingenommen hätten, bestätige sie darin, der Prävention weiterhin den höchsten Stellenwert beizumessen. Der Expertenkreis „Politischer Islamismus“ sei ein auf die Dauer eines Jahres begrenztes Gremium gewesen. Es verstehe sich von selbst, dass dessen Arbeit in anderer Struktur fortgesetzt werde.

Die **Fraktion der AfD** widerspricht dem Fazit der Anhörung durch die Fraktion der SPD. Die Sachverständigen hätten den Antrag nicht demontiert, dies sei eine Behauptung der SPD-Fraktion. Da es grundsätzlich richtig sei, den Fokus auf das Thema der Bedrohung durch den politischen Islamismus zu legen, habe die Fraktion der AfD den Antrag „Finanzierung des Islamismus austrocknen“ vorgelegt, der im Innenausschuss am 11. Mai 2022 auch mit den Stimmen der Union abgelehnt worden sei. Der Antrag der Union sei im Vergleich zu dem der AfD weniger umfassend und biete teilweise nicht die Möglichkeit durchzugreifen. Insofern seien Dialoge mit Moscheegemeinden und Gespräche mit Iran, Türkei oder Katar zur Offenlegung bzw. Einstellung finanzieller Unterstützung unzureichend. Ebenfalls umfasst habe der Antrag der AfD im Gegensatz zu dem der CDU/CSU-Fraktion die Forderung nach Forschung zum politischen Islamismus. Notwendig sei daher die Unterbindung der Finanzierung islamistischer Vereinigungen aus Steuermitteln oder dem Ausland, eine wissenschaftliche Analyse durch die Einrichtung spezifischer Lehrstühle, eine regelmäßige Berichterstattung im Deutschen Bundestag auch im Hinblick auf Immobilienvermögen sowie ein Verzeichnis der Moscheegemeinden, die Erweiterung der Verfassungsschutzkompetenzen zur Finanzermittlung und die Weiterführung des Expertenkreises „Politischer Islamismus“.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass es im Interesse aller sei, Finanzströme in Richtung islamistischer Gemeinden und Vereine zu unterbinden. Allerdings fehle es an einer Alternative, die weder im Antrag noch gemeinsam gefunden werden konnte. Der Expertenkreises „Politischer Islamismus“ sei für ein Jahr

angesetzt gewesen, was die Union bei dessen Einsetzung deutlich kommuniziert habe. Zudem existiere kein Erkenntnisproblem zum Islamismus, denn es gebe Forschung, Prävention, Deradikalisierung und die Sicherheitsbehörden seien gut aufgestellt. Da allerdings ein Umsetzungsproblem bestehe, solle besser dort, in Projekte zur Prävention oder Deradikalisierung, investiert werden. Problematisch sei, die Offenlegung ausländischer Finanzierungsquellen in erheblichem Umfang auch für muslimische Gemeinden zu fordern. Anstatt beim Vorgehen gegen den Islamismus auch die muslimische Zivilgesellschaft zu treffen, solle sie einbezogen werden, da sie am meisten vom Islamismus bedroht sei. Selbst wenn Finanzströme nur von Körperschaften und Vereinen überprüft werden, folge hieraus die Stigmatisierung der an den Gemeinschaften teilhabenden Personen. Einen langfristigen Dialog solle die Deutsche Islamkonferenz gewährleisten, in deren Rahmen im Dezember ein Alternativmodell zur Finanzierung muslimischer Gemeinschaften eruiert werden soll.

Die **Fraktion DIE LINKE** sieht den Ansatz und die angedeuteten Lösungen des Antrags als nicht zielführend an. Die Auswahl von Staaten, mit denen Gespräche über die Einstellung von Finanzmitteln geführt werden sollen, sei zufällig. Die Forderung nach einer unabhängigen Finanzierung des muslimischen Gemeinwesens sei zudem sehr allgemein und unkonkret. Im Übrigen stimme sie den Ausführungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Die **Fraktion der FDP** hebt die Herausforderungen des politischen Islamismus für die freiheitlich demokratische Grundordnung hervor. Bei der Anhörung sei klar geworden, dass diese Herausforderungen sehr vielfältig und die Probleme tiefgreifend seien. Der Antrag enthalte nicht das erforderliche Gesamtkonzept, um Transparenz über Finanzierungsströme und Verbindungen zu Terrorismus und organisierter Kriminalität herzustellen. Gerade weil das Thema so anspruchsvoll sei und eine wichtige Herausforderung darstelle, sei die Einstellung des Expertenkreises „Politischer Islamismus“ das falsche Signal. Dem stehe nicht entgegen, dass einige Erkenntnisse vorhanden seien und es nun um Umsetzung gehe, da für andere innenpolitische Phänomene auch dauerhafte Gremien existieren. Wegen der festgestellten Gefahrenlage und Komplexität des Themas sei es sinnvoll, den Expertenkreis „Politischer Islamismus“ für die aktuellen Herausforderungen zu nutzen. Da der Antrag der Fraktion der CDU/CSU nur unzureichend auf die aufgeworfenen Probleme antworte, stimme sie diesem nicht zu.

Berlin, den 12. Oktober 2022

Uli Grötsch
Berichterstatter

Christoph de Vries
Berichterstatter

Lamya Kaddor
Berichterstatterin

Linda Teuteberg
Berichterstatterin

Dr. Bernd Baumann
Berichterstatter

Martina Renner
Berichterstatterin

